

Die Regulation von Hate Speech unter Abe

Ayaka Löschke und Sangyun Kim

Das Phänomen der »Hate Speech«¹ gehört zu den wichtigsten Sozialproblemen, mit denen die japanische Gesellschaft sich auseinandersetzen muss. Die japanischen Massenmedien haben im Jahr 2013 begonnen, über rechtsradikale Demonstrationen zu berichten. Seitdem richten sich sowohl die öffentliche als auch die wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf Aktivisten, die zuerst im Internet politisch aktiv werden und anschließend an rechtsradikalen Demonstrationen teilnehmen, insbesondere Mitglieder von Zaitokukai (einer sogenannten »Bürgerinitiative gegen Sonderprivilegien für die koreanische Minderheit«). Die Regulierung von Hate Speech in Japan ist ebenfalls auf internationales Interesse gestoßen, denn die Zahl der rechtsradikalen Demonstrationen in Japan ist in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen.

Dieser Beitrag erklärt zuerst kurz das Hate Speech Gesetz von 2016 und dessen Implementierung. Der Hauptteil erklärt, welche politischen Akteure unter der Abe-Regierung besonders zur Regulierung von Hate Speech beigetragen haben. Abschließend weisen wir auf die aktuelle Lage während der Pandemie und die mögliche Gefahr hin, dass das Hate Speech Gesetz nicht ausreichen könnte, um die seit dem Jahr 2021 zunehmende Hasskriminalität zu regulieren. Weil bereits einige englischsprachige Aufsätze wie Higuchi (2020) ausführlich den politischen Entscheidungsprozess rekonstruieren, geht der Hauptteil dieses Beitrags aufgrund unserer eigenen Quellen (Teilnahmebeobachtungen und qualitative Interviews) eher auf einige wichtige Punkte ein, die nicht immer akzentuiert werden. Wir betonen insbesondere, dass weder das Kabinett noch das zuständige Ministerium (Justizministerium), sondern eher ein parlamentarischer Ausschuss (der Rechtsausschuss des Oberhauses) und dessen parteiübergreifenden Mitglieder eine wichtige Rolle bei

¹ Hassrede kann im weiteren Sinnen definiert werden als »Sprache und Verhalten, die entweder eine bestimmte Gruppe oder Einzelperson nach ihren Eigenschaften kategorisieren und aufgrund der Zugehörigkeit sie als niedrig oder minderwertig herabsehen und ihnen keinen gleichen Status mit anderen Mitgliedern der Gesellschaft zuerkennen« (Kim 2021b: 93).

der Gesetzgebung gespielt haben, und dass *Kōmeitō*, der langjährige Koalitionspartner der Liberal-Demokratischen Partei (LDP), sich sehr aktiv an der Politik gegen Hate Speech beteiligt hat.

Das Hate Speech Gesetz und seine Wirkung

Obwohl es selbst im Gegensatz zum deutschen Strafrecht keine Strafen bestimmt, hat das Hate Speech Gesetz,² das am 3. Juni 2016 in Kraft getreten ist, zur Abnahme von rechtsradikalen Demonstrationen mit Hate Speech beigetragen. Das Gesetz kann als »Prinzipiengesetz« (*rinenhō* auf Japanisch) bezeichnet werden, weil die Artikel des Gesetzes sehr abstrakt formuliert sind und nur die Grundprinzipien der Regulierung von Hate Speech erläutern (Kim 2021a: 84-87). Zum Beispiel lauten Artikel 1 und 3 wie folgt:

Artikel 1:

Angesichts der aktuellen Situation, dass es eine dringende Aufgabe ist, ungerechte, diskriminierende Worte und Taten gegen Menschen, die von außerhalb Japans kommen, zu eliminieren, ist der Zweck dieses Gesetzes, die Grundprinzipien aufzustellen, dem Staat und anderen Anstalten Verpflichtungen aufzuerlegen, um die Grundpolitik zu bestimmen und zu fördern.

Artikel 3:

Das Volk muss sein Verständnis für die Notwendigkeit vertiefen, unrechte, diskriminierende Worte und Taten gegen Menschen, die von außerhalb Japans kommen, zu eliminieren, und sich bemühen, zur Verwirklichung einer Gesellschaft beizutragen, die frei von unrechten, diskriminierenden Worten und Taten gegen Menschen ist, die von außerhalb Japans kommen.

Das Hate Speech Gesetz konnte nichtsdestotrotz wirksam implementiert werden, insbesondere weil die Medien eine rechtlich nicht verbindliche Liste des Justizministeriums mit konkreten Beispielen für Hate Speech veröffentlichten, durch die rechtsradikale Aktivisten abgeschreckt wurden (Löschke 2021). Darüber hinaus waren auch quasi-verpflichtende Besprechungen vor Demonstrationen wirksam, in denen die lokale Polizei rechtsradikale Aktivisten überzeugt, keine Hate Speech zu begehen (Löschke 2021). So ist es Japan durch die Implementierung des Hate

² Der vollständige Name des Gesetzes lautet *Honpōgai shushin-sha ni tai suru futō na sabetsu-teki gendō no kaishō ni muketa torikumi no suishin ni kan suru hōritsu*. Der Gesetzestext findet sich hier: <https://elaws.e-gov.go.jp/document?lawid=428AC0100000068> (26.08.2022).

Speech Gesetzes gelungen, rechtsradikale Demonstrationen eher durch gesetzlich informelle Maßnahmen zu entmutigen als direkt durch eine Strafandrohung für Hate Speech zu verbieten.

Infolgedessen hat die Zahl der rechtsradikalen Demonstrationen mit Hate Speech massiv abgenommen. Die Zahl erreichte ihren Höhepunkt im Jahr 2014 (378 Vorkommnisse) (JKKSS 2016). Aber ein Jahr nach der Inkraftsetzung des Hate Speech Gesetzes war sie mit 35 Vorkommnissen gegenüber dem Vorjahr bereits auf die Hälfte reduziert (NKS 22.05.2017). Im Jahr 2020 haben solche Demonstrationen sogar nur 9-mal stattgefunden (TBS 01.08.2021). Welche Akteure waren an dem Gestaltungsprozess des Hate Speech Gesetzes, dessen Implementierung so wirksam war, beteiligt?

Die symbolische Rolle Abes

Obwohl Shinzō Abe sich kaum an dem politischen Gestaltungsprozess des Hate Speech Gesetzes beteiligt hat, hat er doch eine wichtige symbolische Rolle gespielt. Die folgende Äußerung des Premierministers Shinzō Abe im Parlament am 18. März 2016 zeigte große Resonanz in den sozialen Medien:³

Die radikalen Worte und Taten, die versuchen, ein bestimmtes Land, eine ethnische Gruppe und eine Kultur zu eliminieren oder Hass zu schüren, sind äußerst bedauerlich (*zannen*), und ich bin überzeugt, dass solche Worte und Taten nie existieren sollten. Ich glaube auch, dass sie die Würde (*hinkaku*) des japanischen Volkes und des japanischen Staats angehen.

Diese Äußerung von Abe brachte den politischen Entscheidungsprozess für das Hate Speech Gesetz in Bewegung, auch wenn die Regulierung von Hate Speech für Abe keine Priorität hatte und ihn nicht stärker als andere politische Themen, an denen Abe selbst beteiligt war, beispielsweise Aufrüstung und eine Verfassungsänderung, interessierte. Abes Äußerung ermutigte auch einen Online-Aktivismus (*#neto uyo ban matsuri*), im Zuge dessen User ab April 2018 Online Hate Speech systematisch und kollektiv bei Internetdiensteanbietern gemeldet haben (Löschke 2022).

³ Sitzungsprotokoll des Haushaltsausschusses am 18.03.2016: <https://kokkai.ndl.go.jp/#/detailPDF?mi-nId=119015261X01720160318&page=1&spkNum=0¤t=1>.

Der parlamentarische Ausschuss als Arena der Politik

Das Parlament hat im Fall des Hate Speech Gesetzes gut als Politik-Arena funktioniert. Politikwissenschaftler weisen oft darauf hin, dass das japanische Parlament (*Kokkai*) an zu viele formelle Vorgaben gebunden ist und deswegen unfähig ist, lebhaft politische Debatten zu führen (Masuyama 2022). Dies trifft für den Fall des Hate Speech Gesetzes nicht zu.

Der Anlass für den politischen Gestaltungsprozess des Hate Speech Gesetzes war ein Gesetzesentwurf, der im Jahr 2015 beim Parlament, speziell beim Rechtsausschuss des Oberhauses, eingereicht wurde. Beteiligt waren Oppositionspolitiker, hauptsächlich Abgeordnete der Demokratischen Partei Japans (DPJ, allerdings ab März 2016 »Demokratische Fortschrittspartei«) und der sozialdemokratischen Partei (SDP). Entscheidend für den Oppositionsvorschlag war insbesondere die Beteiligung des DPJ-Politikers Yoshifu Arita. Arita war ab 2013 selbst an Gegendemonstrationen gegen rechtsradikale Demonstranten beteiligt und hatte beim Rechtsausschuss des Oberhauses das Problem der Hate Speech zur Diskussion gestellt. Zudem hatte er die Initiative ergriffen, Stadtviertel mit seinen parteiübergreifenden Kollegen des Rechtsausschusses zu besichtigen, in denen Hate Speech und Hasskriminalität konkrete Probleme waren. Weil sich die DPJ nicht als Gesamtpartei intensiv um die Einführung der Regulierung von Hate Speech bemühte, kann das Engagement Aritas als »Alleingang« bezeichnet werden. Der Gesetzesentwurf der Opposition wurde Mitte Mai 2016 abgelehnt. Stattdessen wurde ein Gesetzesentwurf der Regierungskoalition 12 Tage später verabschiedet, mit dem auch die Opposition einverstanden war. Die Kommunistische Partei Japans (KPJ) war aus Rücksicht auf die Meinungsfreiheit eher zurückhaltend gegenüber der Regulierung von Hate Speech und stimmte dem Gesetzesentwurf der Opposition daher nicht zu. Die Abgeordneten, die die beiden Gesetzesentwürfe des Hate Speech Gesetzes vorgeschlagen hatten, hatten es schwer, auf kritische Fragen der kommunistischen Partei und der Regierungsparteien über mögliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit zu antworten (Kim 2021b: 91). Aber Mitglieder des Rechtsausschusses konnten intensiv und lebhaft miteinander über die Gesetzesentwürfe diskutieren.

Eine wichtige Rolle spielten außerdem Abgeordnete, die zur Regierungskoalition gehörten und beim Rechtsausschuss der beiden Kammern tätig waren. Wie im nächsten Abschnitt genauer erklärt wird, war die Beteiligung von *Kōmeitō* als Gesamtpartei entscheidend, zumal *Kōmeitō* bereits im Jahr 2014 ein Projektteam gegründet hatte, um das Problem der Hate Speech anzugehen und im Jahr 2015 von Premierminister Yoshihide Suga eine Gesetzgebung gegen Hate Speech

verlangte. Dies führte dazu, dass auch die LDP in den politischen Gestaltungsprozess eingestiegen ist. Shinzō Abe teilte als Premierminister zwar weder den Fraktionsvorsitzenden noch Spitzenpolitikern die Aufgabe der Gesetzgebung zu, aber die führende Rolle des LDP-Abgeordneten und Mitglieds des Rechtsausschusses im Oberhaus Shōji Nishida ist nicht zu unterschätzen. Trotz seiner konservativen und revisionistischen Haltung besuchte Nishida zusammen mit anderen Abgeordneten von *Kōmeitō* und der DPJ, die beim Rechtsausschuss tätig waren, ein koreanisches Viertel in der Stadt Kawasaki, um sich Berichte der Opfer von Hate Speech anzuhören. Zudem nahm er an Veranstaltungen zum Jubiläum der Inkraftsetzung des Hate Speech Gesetzes mit seinen Kollegen des Rechtsausschusses teil. Insgesamt lässt sich sagen, dass Abgeordnete der Regierungskoalition und der Opposition, die zusammen im Rechtsausschuss tätig waren, einen gewissen Zusammenhalt gezeigt haben, um das Hate Speech Gesetz zu verabschieden und zu implementieren.

***Kōmeitō* als Beschützer der Menschenrechte?**

Im politischen Gestaltungsprozess des Hate Speech Gesetzes übernahm *Kōmeitō* die Rolle des »Beschützers der Menschenrechte«. ⁴ Trotz der allgemeinen Ansicht, dass »die Auseinandersetzung der Abgeordneten mit Menschenrechten und Diskriminierung nicht zur Zunahme von Stimmen führt« (*jinken ya sabetsu nado ha hyō ni naranai*) (AS 21.10.2021), machte *Kōmeitō* als Gesamtpartei aufgrund ihrer moralischen und religiösen Grundüberzeugungen die Regulierung von Hate Speech zu einem ihrer wichtigsten politischen Ziele. Das oben erwähnte Projektteam von *Kōmeitō* war ein wichtiger Vermittler zwischen Abgeordneten (Mitgliedern des Rechtsausschusses) und zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Opfern von Hate Speech und Menschenrechtsanwälten. Es gab auch regelmäßigen Kontakt und Meinungsaustausch zwischen dem *Kōmeitō*-Projektteam und *Mindan*, einer Organisation der koreanischen Bewohner in Japan, die der südkoreanischen Regierung nahesteht. Das Projektteam organisierte sogar eine Lerngruppe (*benkyōkai*), bei der auch LDP-Abgeordnete anwesend waren und ein Juraprofessor einen Vortrag über die Regulierung von Hate Speech hielt. Als die führende Aktivistin Kang-Ija Choi, die zur dritten Generation von koreanischen Einwanderern gehört, im April 2022 Lobbying gegenüber dem Justizminister durchführte, war erneut *Kōmeitō* Vermitt-

⁴ Schon seit den 2000er Jahren hat die *Kōmeitō* »Menschenrechte« als eines der fünf wichtigsten Aufgaben in dem Parteimanifest zum Wahlkampf genannt. Im Jahr 2016 hat *Kōmeitō* in dem Parteimanifest die Beschäftigung mit dem Hate Speech Problem genannt.

ler zwischen dem Justizminister und der Aktivistin. Auf diese Weise hat *Kōmeitō* sein Netzwerk mit Menschenrechtsanwälten, Rechtswissenschaftlern und Opfern von Hate Speech bis heute erhalten und vermittelt bis heute zwischen Aktivisten und der LDP-Regierung, um Hate Speech zu regulieren.

Rechtsradikale Demonstrationen während der Pandemie

Während es in vielen westlichen Ländern Massendemonstrationen gegen Corona-Maßnahmen gab, die insbesondere wegen rechtsradikaler Teilnehmer gewalttätig wurden, hat die Corona-Pandemie in Japan zu keiner Wiederbelebung von rechtsradikalen Demonstrationen geführt. Im Gegensatz zu anderen westlichen Ländern konnten »Querdenker« und andere Kritiker von Corona-Maßnahmen in Japan bis heute maximal etwa 1000 Teilnehmer für Demonstrationen mobilisieren. Die Teilnehmer an solchen Demonstrationen scheinen zwar insofern eine gewisse Nähe zu Hate Speech aufzuweisen, als die amerikanische Wurzel der weltweiten Querdenker-Bewegungen von einer antisemitischen Verschwörungsideologie geprägt ist, aber Hate Speech von Querdenkern ist noch kein bemerkenswertes soziales Problem in Japan.

Die meisten rechtsradikalen Demonstranten, die vorher Hate Speech begangen haben, haben während der Pandemie ihre Aktivitäten nicht eskaliert. Sie haben oft freiwillig ihre Veranstaltungen abgesagt, weil sie das Ansteckungsrisiko gefürchtet haben und in der Öffentlichkeit keinen Anstoß erregen wollten. Aktivisten, die vorher bei *Zaitokukai* sehr aktiv waren, haben während der Pandemie auch weniger auffällige Tätigkeiten entfaltet als zu der Zeit vor der Inkraftsetzung des Hate Speech Gesetzes. Einige von ihnen sind ab 2010 mehrmals unter dem Verdacht auf Sachbeschädigung, Geschäftsbehinderung und Erpressung verhaftet und für schuldig befunden worden. Teilweise mussten sie Bußgelder zwischen 300,000 und 1,500,000 Yen bezahlen und erhielten Haftstrafen. Auch wegen dieser Erfahrungen scheuen Aktivisten mittlerweile die Gefahr, verhaftet zu werden, und mäßigen ihre Aktivitäten. Dies bedeutet aber nicht, dass von solchen Aktivisten keine Probleme mehr zu erwarten sind. Zwei dieser vorbestraften Aktivisten kandidierten bei der Oberhauswahl im Juni 2022 für die »NHK Partei«, eine populistische Partei gegen Rundfunkgebühren. Obwohl keiner der Aktivisten erfolgreich war, gewann die NHK Partei nach der Wahl einen Sitz hinzu. Auch kriminelle rechtsradikale Aktivisten könnten durch diese Partei salonfähig werden.

Ein weiteres negatives Vorzeichen ist, dass der ehemalige Vorsitzende von *Zaitokukai* Makoto Sakurai, der im Jahr 2016 die »Japan First Partei« gegründet hat, wie-

derholt trotz geringer Erfolgsaussichten für Parlamentssitze kandidiert, um im Wahlkampf aggressiver und provokativer als in normalen Zeiten auftreten zu können, obwohl er normalerweise Ausdrücke, die offensichtlich als Hate Speech bezeichnet werden können, nicht oft verwendet. Er hat im Oktober 2021 vor der chinesischen Botschaft in Tōkyō und im Juni 2021 vor der südkoreanischen Botschaft seine beleidigenden, rassistischen und revisionistischen Reden über Lautsprecher gehalten und dabei jedes Mal den Ton maximal verstärkt und durchgängig gebrüllt. Er hat sich sogar vor der südkoreanischen Botschaft als »Trostfraufiger« verkleidet. Mehrere Zeitungen wie *Asahi Shinbun* am 10. November 2021 haben schon darauf hingewiesen, dass er und seine Parteikameraden wissen, dass Wahlreden die Gelegenheit bieten, Hate Speech mit maximaler Lautstärke an eigentlich nicht zugänglichen Orten zu begehen, weil Wahlreden gesetzlich kaum kontrolliert werden können.

Die Notwendigkeit der strengeren Bestrafung der Hasskriminalität

Obwohl rechtsradikale *Demonstrationen* seit ein paar Jahren kein Anzeichen einer Wiederbelebung zeigen, enthüllt ein jüngster Vorfall einen Mangel an der japanischen Regulierung von Hasskriminalität. Dabei handelt es sich um einen Fall von Brandstiftung im koreanischen Viertel in Kyōto (Utoro) im August 2021. Im Jahr 2018 gab es bereits einen ähnlichen Vorfall. Damals wurden fünf Schüsse auf das Tor von »Chongryon«, einer dem nordkoreanischen Regime nahestehenden Organisation in Tōkyō, abgefeuert. Weil der Hauptschuldige ein bekannter rechtsradikaler Aktivist war, war ein solcher Fall in gewissen Maßen vorhersehbar. Diese Tat erschütterte die gesamte koreanische Minderheit in Japan, zumal diese Hasskriminalität nicht auf normale Bewohner, sondern auf eine quasi-staatliche Organisation abzielte. Aber die Brandstiftung in Kyōto beunruhigte alle koreanisch-stämmigen Bewohner Japans, weil der Beklagte vor der Tat nie als politischer Aktivist auffällig geworden ist, und weil die Hasskriminalität auch auf zwei Häuser, in denen normale koreanische Familien gewohnt haben, abzielte. Bei der Gerichtsverhandlung im Juni 2022 gab der Beklagte unbefangen zu, dass die Brandstiftung ein Fall von »Hasskriminalität« darstellt (*Kyōto Minpō* 25.06.2022). Anschließend trug er fließend seine vorurteilsvollen und revisionistischen Ansichten über die koreanischen Bewohner in Japan vor. Dabei wagte er sogar die Prognose, dass ähnliche Fälle von Hasskriminalität in Zukunft jemanden das Leben kosten werde, weil er denkt, dass seine Sympathisanten nicht nur in Japan, sondern überall existieren. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt kein erhöhtes Strafmaß aufgrund der Beschaffenheit der

Tat als »Hasskriminalität« und verzichtete sogar bei der Anklage auf den Ausdruck »Hasskriminalität«. Während sich keine Änderung des revisionistischen Geschichtsverständnisses Japans andeutet, scheint es notwendig, eine strengere Bestrafung der Hasskriminalität anhand der Herangehensweise in den USA einzuführen. Informelle Maßnahmen gegen Hate Speech scheinen eine Grenze der Wirksamkeit zu erreichen, wenn der Täter nichts zu verlieren hat. Menschenrechtsanwälte und führende Aktivisten haben mit Hilfe der Vermittlung von *Kōmeitō* bereits im April 2022 mit Lobbying gegenüber dem Justizminister für eine neue Gesetzgebung begonnen, die auf eine härtere Bestrafung von Hasskriminalität abzielt. Wann und ob eine solche Gesetzgebung verwirklicht wird, ist zu diesem Zeitpunkt unklar. Koreanische Bewohner in Japan und ihre Unterstützer wünschen dringend, dass eine solche Gesetzgebung ohne weitere Opfer stattfindet.

Literatur

- AS (*Asahi Shinbun*) (21.10.2021), »LGBT ya Fūfu Bessei ha Hyō ni naranai? Shōsūsha no Mondai ni Shita no ha Dareka« [Werden LGBT und Paare mit unterschiedlichen Nachnamen nicht als Stimmen gezählt? Wer hat es zu einem Minderheitenproblem gemacht?], <https://www.asahi.com/articles/ASPN3CSGPBGUPQJ01B.html> (26.08.2022).
- Higuchi, Naoto (2020), »When Hate Becomes Illegal: Legislation Processes of the Anti-hate Speech Law in Japan«, in: Myungkoo Kang, Marie-Orange Rivé-Lasan, Wooja Kim und Philippa Hall (Hg.), *Hate Speech in Asia and Europe: Beyond Hate and Fear*, London: Routledge, S. 112–126.
- JKSS (Jinken Kyōiku Keihatsu Suishin Sentā) (2016), *Heito Supīchi ni kan suru Jittai Chōsa Hōkokusho* [Bericht über tatsächliche Zustände von Hassrede], <http://www.moj.go.jp/content/001201158.pdf> (26.08.2022).
- Kim, Sangyun (2021a), »Heito Supīchi no Shakai Mondai-ka to Heito Supīchi Kaishō-hō« [Die gesellschaftliche Problematisierung der Hassrede und das Hate Speech Gesetz], in: Shinji Nakagawa, Katsutoshi Kawamura und Sangyun Kim (Hg.), *Intā Netto to Heito Supīchi: Hō to Gengo no Shiten kara*, Tōkyō: Akashi Suppan, S. 81–111.
- Kim, Sangyun (2021b), »Heito Supīchi ni taisuru keiji kisei« [Strafmaßnahmen gegen Hassrede], *Hōritsu Jihō*, 93 (3): 91–96.
- Kyōto Minpō* (25.06.2022), »Heitokuraimu to Nintei shi, Genbatsu o« Higaisha ga Iken Chinjutsu: Utoro Heitokuraimu Saiban Hanketsu ha 8-tsuki 30-nichi« [»Erkenne es als Hassverbrechen an und bestrafe es streng« Stellungnahme des Opfers: Utoro Hate Kriminalfallurteil am 30. August], <https://www.kyoto-minpo.net/archives/2022/06/25/post-28367.php> (26.08.2022).

- Löschke, Ayaka (2021), »Administrative Measures against Far-Right Protesters: An Example of Japan's Social Control«, *Social Science Japan Journal*, 24 (2): 289–309.
- Löschke, Ayaka (2022 [im Druck]), »User Engagement against Online Far-Right Actions in Japan: Driven by High Perceptions of Personal Abilities and Benefits«, *Asiascape: Digital Asia*, 9 (3).
- Masuyama, Mikitaka (2022), »The Japanese Diet: Parliamentary Groups and Lawmaking«, in: Robert J. Pekkanen und Saadia M. Pekkanen (Hg.), *The Oxford Handbook of Japanese Politics*, Oxford: Oxford University Press, S. 76–99.
- NKS (*Nihon Keizai Shinbun*) (22.05.2017). »Heitodemo 35-ken ni Hangen: Taisaku-hō 1-nen, Hatsugen« [Hassdemonstrationen halbieren sich auf 35: Ein Jahr Hate Speech Gesetz], https://www.nikkei.com/article/DGXLASDG22H1X_S7A520C1000000/ (26.08.2022).
- TBS (*Tokyo Broadcasting System*) (01.08.2021), »Kaishōhō kara 5-nen ›Heitosupīchi‹ ha ima« [Hassrede fünf Jahre nach der Einführung des neuen Gesetzes], https://www.youtube.com/watch?v=UxPS_rnRtr0 (26.08.2022).